

Teil C: Vertragsbedingungen

§ 1 Vertragsgegenstand.....	2
§ 2 Vertragsbestandteile	2
§ 3 Leistungsumfang.....	2
§ 4 Anweisungen des AG.....	3
§ 5 Notruf- und Serviceleitstelle	3
§ 6 Vergütung	3
§ 7 Preisanpassung	4
§ 8 Versicherung.....	6
§ 9 Unteraufträge	6
§ 10 Verschwiegenheit.....	7
§ 11 Laufzeit	7
§ 12 Kündigung des Vertrags.....	7
§ 14 Wegfall von Eignungsvoraussetzungen.....	8
§ 13 Datenschutz und Auftragsverarbeitung	9
§ 14 Schlussbestimmungen	10
Anlagen:	11

Zwischen dem aha Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover, vertreten durch die Geschäftsführung

im Folgenden "AG" genannt

und

[...]

im Folgenden "AN" genannt

wird folgender Vertrag geschlossen:

§ 1 Vertragsgegenstand

Gegenstand dieses Vertrages sind Bewachungsdienstleistungen für die in § 3 genannten Liegenschaften des aha.

§ 2 Vertragsbestandteile

Bei Widersprüchen und Lücken im Vertrag gelten nacheinander:

1. die Regelungen dieses Vertrages,
2. die Leistungsbeschreibung nebst Übersichtsplänen der Deponien (**Anlage 1**),
3. die Dienstanweisung(en) in der jeweils aktuellen Fassung (**Anlage 2**),
4. das vom AN ausgefüllte Preisblatt und dessen Vertretungs- und Vertretungskonzept aus dem vorangegangenen Vergabeverfahren (**Anlage 3**),
5. die Allgemeinen Auftrags- und Zahlungsbedingungen des Zweckverbands Abfallwirtschaft Region Hannover (**Anlage 4**),
6. die Vertragsbedingungen nach dem NTVergG (**Anlage 5**),
7. die Bestimmungen der VOL/B in der Fassung vom 5. August 2003,
8. die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).

§ 3 Leistungsumfang

- (1) Der AN ist verpflichtet, auf den Deponien Burgdorf, Steinwedler Straße, 31303 Burgdorf, Kohlenfeld, in 31515 Wunstorf und Hannover-Lahe, Moorwaldweg 312, 30659 Hannover die in der Leistungsbeschreibung sowie in der diesbezüglichen Dienstanweisung näher beschriebenen Bewachungsdienstleistungen zu erbringen.
- (2) Darüber hinaus verpflichtet sich der AN, alle notwendigen zukünftigen Maßnahmen zur Erfüllung der technisch-organisatorischen Maßnahmen (TOMS) nach § 8a BSIG in der jeweils geltenden Fassung, die Bewachungsdienstleistungen betreffen, umzusetzen.

- (3) Soweit diese zusätzlichen Maßnahmen zu Mehraufwendungen führen, die in der Kalkulation des AN aus dem vorangegangenen Vergabeverfahren nicht berücksichtigt werden konnten, werden der AG und der AN eine gesonderte schriftliche Vereinbarung über die Mehrvergütung treffen. Diese Vereinbarung erfolgt auf Basis der Urkalkulation des AN aus dem Vergabeverfahren und im Rahmen der vergaberechtlichen Grenzen, insbesondere des § 132 GWB.
- (4) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass alle im Rahmen dieses Vertrags eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die in der Leistungsbeschreibung (Teil B) festgelegten Qualifikationsanforderungen erfüllen. Entsprechende Nachweise (insbesondere Unterrichtsnachweise gemäß § 34a GewO, Sachkundenachweise sowie etwaige objektbezogene Einweisungsdokumentationen) sind dem Auftraggeber auf Anforderung unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 5 Werktagen, vorzulegen. Der AN hat für ein dauerhaftes liegenschaftsübergreifendes Vertretungsmanagement Sorge zu tragen, wodurch auch der kurzfristige Ausfall von Bewachungspersonal durch entsprechend qualifiziertes und eingewiesenes Ersatzpersonal kompensiert werden kann. Unbewachte Zeiten sind aufgrund der Eigenschaft des AG als Teil der kritischen Infrastruktur und der auf den Deponien bestehenden erhöhten Gefahrenlagen verlässlich auszuschließen. Die weiteren Einzelheiten ergeben sich aus dem Konzept des Bieters in **Anlage 3** zu diesem Vertrag.
- (5) Der Auftragnehmer zeigt jeden dauerhaften Wechsel des Objektleiters oder seines Stellvertreters dem Auftraggeber schriftlich und mindestens 14 Kalendertage im Voraus an. In dringenden, nicht vorhersehbaren Fällen (z.B. krankheitsbedingter Ausfall) ist die Anzeige unverzüglich, d.h. ohne schuldhaftes Zögern, nachzuholen. Der Auftraggeber ist berechtigt, den Einsatz einer vorgeschlagenen Ersatzperson aus sachlichem Grund abzulehnen; in diesem Fall hat der Auftragnehmer unverzüglich eine geeignete Alternative zu benennen

§ 4 Anweisungen des AG

Der AG ist berechtigt, dem AN Anweisungen im Hinblick auf die vom AN zu erbringenden Leistungen zu geben.

§ 5 Notruf- und Serviceleitstelle

Der AN ist verpflichtet, spätestens bis zum Beginn der Leistungsausführung eine durch den VdS anerkannte Notruf- und Serviceleitstelle der Klasse A oder eine vergleichbare Notruf- und Serviceleitstelle für die in § 3 abs. 1 genannten Liegenschaften einzurichten. Die Notruf- und Serviceleitstelle ist bis zum Ende der Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten.

§ 6 Vergütung

- (1) Die Vergütung des AN erfolgt – nach Vorlage einer prüffähigen Rechnung – nach den im Preisblatt (**Anlage 3**) angebotenen Preisen.

- (2) Mit den im Preisblatt (**Anlage 3**) angebotenen Festpreisen bzw. des Stundenverrechnungssatzes für Einsätze außerhalb der regulären Einsatzzeiten sind alle möglicherweise entstehenden Kosten, Auslagen oder sonstigen Aufwendungen des AN (wie z.B. Wächterkontrollsystem, Pkw, Kommunikations- und Fortbildungskosten) abgegolten.
- (3) Pro Monat wird ein Zwölftel des pauschalen Jahrespreises als Abschlagszahlung vergütet. Aufwände, die auf Basis des Stundenverrechnungssatzes abgerechnet werden, sind in der Rechnung gesondert auszuweisen.
- (4) Im Übrigen gelten die die Allgemeinen Auftrags- und Zahlungsbedingungen des Zweckverbands Abfallwirtschaft Region Hannover, insbesondere die Ziffern 8, 9 und 10 (**Anlage 4**).

§ 7 Preisanpassung

- (1) Die Vergütung des AN gemäß § 6 dieses Vertrages unterliegt einer Anpassung auf Grundlage des **quartalsweise** veröffentlichten Erzeugerpreisindex für Dienstleistungen Code: 61311-0004 des Statistischen Bundesamtes für den Wirtschaftszweig WZ08-801 „Private Wach- und Sicherheitsdienste“ (aktuelles Basisjahr 2021 = 100).

- (2) Die jeweils neue Vergütung errechnet sich nach folgender Formel:

$$\text{Neue Vergütung netto} = \text{aktuelle Vergütung netto} \times \left(\frac{\text{neuer Quartalsindex}}{\text{alter Quartalsindex}} \right)$$

- (3) Die in Absatz 2 verwendeten Begrifflichkeiten verstehen sich wie folgt:
 - a. Aktuelle Vergütung netto: Ausgangswert für die Berechnung der neuen Vergütung ist die zum Zeitpunkt des Anpassungsbegehrens jeweils aktuelle (zuletzt angepasste) Vergütung netto.
 - b. Neuer Quartalsindex: Der jeweils aktuelle (**zuletzt veröffentlichte**) Index zum Zeitpunkt des Anpassungsbegehrens.
 - c. Alter Quartalsindex: Der jeweilige Index der dem letzten Anpassungsbegehren als „neuer Quartalsindex“ zugrunde gelegt wurde. Für den Fall, dass noch keine Anpassung der Vergütung stattgefunden hat, ist als „alter Quartalsindex“ der Index zugrunde zu legen, in dessen Quartal das Fristende der Angebotsfrist im Vergabeverfahren gefallen ist.
- (4) Eine Anpassung der Vergütung setzt voraus, dass diese durch eine der Vertragsparteien in Textform geltend gemacht wird. Ein Anpassungsbegehren hat nur Wirkung für die Zukunft. Bereits vor einem Anpassungsbegehren fällige Abschlagszahlungen werden nicht angepasst und unterliegen keiner Preisanpassung gemäß § 7 dieses Vertrages.

- (5) Die jeweils andere Vertragspartei prüft die geltend gemachte Anpassung innerhalb einer Frist von 10 Werktagen. Es besteht kein Anspruch auf eine rückwirkende Anpassung der Vergütung.
- (6) Eine Anpassung der Vergütung erfolgt nur, wenn die Indexveränderung (positiv oder negativ) seit der letzten Anpassung bzw. seit dem Ende der Angebotsfrist im Vergabeverfahren, für den Fall, dass noch keine Anpassung der Vergütung erfolgt ist, mindestens 5 % beträgt. Andernfalls besteht kein Anspruch auf die Anpassung der Vergütung.
- (7) Für den Fall der Umbasierung des Indexes auf ein neues Basisjahr vereinbaren die Parteien, dass bereits vorgenommene Vergütungsanpassungen auf Grundlage des Indexes mit der alten Basis ihre Wirksamkeit behalten. Für Vergütungsanpassungen nach einer erfolgten Umbasierung ist der Index mit dem neuen Basisjahr für die Berechnung der Vergütungsanpassung maßgebend, sofern für den gesamten zu betrachtenden Zeitraum einer begehrten Vergütungsanpassung der Index mit dem neuen Basisjahr veröffentlicht wurde. Nur wenn dies nicht der Fall ist, ist der alte Index auf den neuen Index mittels eines Verkettungsfaktors umzurechnen.
- (8) Der Verkettungsfaktor gemäß Abs. 7 wird durch die Division von 100 durch den Jahresdurchschnitt des Basisjahrs des neuen Indexes auf der Basis 2021 = 100 ermittelt. Den Vertragsparteien ist bekannt, dass eine Umbasierung voraussichtlich auf das neue Basisjahr 2025 erfolgen wird. Der Verkettungsfaktor würde sich daher beispielhaft folgendermaßen berechnen:

$$\text{Verkettungsfaktor} = \frac{100}{\text{Jahresdurchschnitt 2025 auf der Basis 2021} = 100}$$

- (9) Die Umrechnung des Indexes auf der Basis 2021 = 100 auf die neue Basis erfolgt, indem der Index auf der alten Basis mit dem Verkettungsfaktor multipliziert wird. Für das voraussichtliche neue Basisjahr 2025 errechnet sich der verkettete Quartalsindex wie folgt:

$$\begin{aligned} \text{Quartalsindex aktuelle Basis} &= \text{Quartalsindex (auf der Basis 2021} \\ &= 100) \times \text{Verkettungsfaktor} \end{aligned}$$

- (10) Wird der in Absatz 1 genannte Index dauerhaft nicht mehr fortgeführt, treten die Vertragsparteien unverzüglich in Verhandlungen über einen geeigneten Ersatzindex ein. Kommt innerhalb von drei Monaten nach dem Beginn der Verhandlungen keine Einigung zustande, tritt an die Stelle des eingestellten Index der quartalsweise veröffentlichte **Erzeugerpreisindex für Dienstleistungen** (Statistisches Bundesamt, Code: 61311-0002, Aktuelles Basisjahr).

§ 8 Versicherung

- (1) Der AN hat ab dem Beginn der Leistungsausführung bis zum Ende der Vertragslaufzeit eine Haftpflichtversicherung abzuschließen und aufrechtzuerhalten: Der AN hat den Fortbestand der Versicherung auf Verlangen des AG nachzuweisen.
- (2) Die Deckungssummen der Haftpflichtversicherung gegen Personen-, Vermögens- und Sachschäden müssen mindestens

1.000.000 EUR	für Personenschäden,
250.000 EUR	für Sachschäden,
15.000 EUR	für Abhandenkommen bewachter Sachen,
12.500 EUR	für reine Vermögensschäden.

betragen und für mindestens je zwei Schadensfälle pro Jahr Gültigkeit haben. Diese Deckungssumme wird der AN auch von eventuell eingeschalteten Unterauftragnehmern verlangt. Der Abschluss der Haftpflichtversicherung durch den Unterauftragnehmer schränkt die Haftung des AN nicht ein.

Der AN ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht.

- (3) Der AN haftet im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden, die im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages stehen und stellt den AG von Ansprüchen Dritter, einschließlich etwaiger Prozess- und Anwaltskosten, frei.
- (4) Der AG ist über Schäden, die im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages stehen, unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

§ 9 Unteraufträge

- (1) Soweit der AN Unterauftragnehmer für seine zu erbringenden Leistungen einsetzt, hat der AN vor Beginn der Auftragsausführung die Namen, die Kontaktdaten und die gesetzlichen Vertreter seiner Unterauftragnehmer mitzuteilen, die in einer Liegenschaft des AG tätig werden.
- (2) Das durch die Unterauftragnehmer eingesetzte Personal muss hinsichtlich seiner Qualifikation sowie den übrigen Anforderungen der Leistungsbeschreibung entsprechen. Dies ist dem AG gegenüber durch die Vorlage entsprechender Nachweise zu belegen. Der Einsatz eines Nachunternehmers ist nur mit der vorherigen Genehmigung des AG zulässig. Sollte eine entsprechende Genehmigung nicht erfolgen, ist die Leistung durch die AN mit eigenem entsprechend qualifizierten Personal zu erbringen. Der Einsatz von Unterauftragnehmern ist auf Sonderfälle zu begrenzen.

§ 10 Verschwiegenheit

Der AN hat über alle nicht allgemein zugänglichen Informationen, die den AG oder das zu bewachende Objekt betreffen, absolute Verschwiegenheit zu wahren. Der AN hat eventuell eingesetzte Unterauftragnehmer ebenfalls zu einer entsprechenden Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 11 Laufzeit

- (1) Der Vertrag wird zunächst für eine Laufzeit von 12 Monaten geschlossen. Die Laufzeit verlängert sich jeweils um weitere 12 Monate, sofern der Vertrag nicht innerhalb einer ordentlichen Kündigungsfrist von vier Monaten vor dem Ablauf der Vertragslaufzeit durch den AG gekündigt wird.
- (2) Eine Verlängerung über den 24. Vertragsmonat hinaus setzt voraus, dass der AN dem AG spätestens zu Beginn des 25. Vertragsmonats eine gültige Zertifizierung gemäß DIN 77200-2 (oder vergleichbar) schriftlich nachweist. Liegt der Nachweis bis zu diesem Zeitpunkt nicht vor, tritt die Verlängerung nicht ein und der Vertrag endet mit Ablauf des 24. Vertragsmonats, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf. Eine vergleichbare Zertifizierung kann auf schriftlichen Antrag des AN anerkannt werden, sofern sie die Anforderungen der DIN 77200-2 gleichermaßen erfüllt; der AN hat die Vergleichbarkeit nachzuweisen. Die Zertifizierung ist über die gesamte restliche Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten und dem AG auf Verlangen nachzuweisen. Erlischt die Zertifizierung und wird sie nicht innerhalb von drei Monaten erneuert, ist der AG berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund außerordentlich zu kündigen. Auf Anfrage des AG informiert der AN über den Stand eines ggf. laufenden Zertifizierungsverfahrens.
- (3) Der Vertrag hat eine maximale Laufzeit von 60 Monaten. Nach dessen Ablauf ist auch eine weitere stillschweigende Verlängerung nicht mehr möglich.
- (4) Der AN hat seine Leistung ab dem 01.10.2026 zu erbringen. Zu diesem Zeitpunkt beginnt auch die Laufzeit gem. § 11 Abs. 1 dieses Vertrages.
- (5) Bereits vor Beginn der Vertragslaufzeit nach Abs. 4 dieses Paragraphen hat der AN seine Mitarbeiter durch den AG einweisen zu lassen und die entsprechenden Vorarbeiten zu unternehmen, um einen reibungslosen Beginn der Bewachungsdienstleistung zu gewährleisten. Der AG wird die dafür erforderlichen Zuarbeiten und Mitwirkungshandlungen erbringen.

§ 12 Kündigung des Vertrags

- (1) Das Recht des AN zur ordentlichen Kündigung ist ausgeschlossen. Davon unberührt bleibt das Recht beider Parteien zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund.

- (2) Der AG kann den Vertrag mit sofortiger Wirkung kündigen, wenn der AN, trotz einer erfolgten Abmahnung durch den AG, wiederholt schuldhaft gegen seine Verpflichtungen aus diesem Vertrag verstößt oder eine durch den AG gesetzte angemessene Frist zur Abhilfe eines vertragswidrigen Zustandes fruchtlos verstrichen ist.
- (3) Der AG kann den Vertrag ferner mit sofortiger Wirkung kündigen, wenn über das Vermögen des AN das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist oder die ordnungsgemäße Abwicklung des Vertrags dadurch in Frage gestellt ist, dass er seine Zahlungen nicht nur vorübergehend einstellt.
- (4) Im Falle der Kündigung ist die bisherige Leistung, soweit der AG für sie Verwendung hat, nach den Vertragspreisen oder nach dem Verhältnis des geleisteten Teils zu der gesamten vertraglichen Leistung auf der Grundlage der Vertragspreise abzurechnen.
- (5) Beruht die Kündigung auf einer schuldhaften Pflichtverletzung des AN, so hat der AN dem AG auch die Mehrkosten für die Ausführung der Leistung durch einen Dritten zu ersetzen.
- (6) Die Kündigung muss schriftlich erfolgen.
- (7) § 8 VOL/B sowie sonstige gesetzlichen Rechte und Ansprüche des AG bleiben unberührt.

§ 14 Wegfall von Eignungsvoraussetzungen

- (1) Der AN hat während der gesamten Vertragslaufzeit sicherzustellen, dass er die im Vergabeverfahren gestellten und von ihm nachgewiesenen Eignungsvoraussetzungen gemäß Anlage A01 der Verfahrensbedingungen (Teil A) kontinuierlich erfüllt. Dies umfasst insbesondere:
 - das Vorliegen einer gültigen Erlaubnis nach § 34a Abs. 1 GewO,
 - die Zertifizierung nach DIN 77200-1 oder einer vergleichbaren Zertifizierung,
 - den Betrieb einer Notruf- und Serviceleitstelle mindestens der Klasse A der Richtlinie VdS sowie
 - die wirtschaftliche und technische Leistungsfähigkeit im Sinne der im Vergabeverfahren abgegebenen Eigenerklärungen.
- (2) Der AN ist verpflichtet, den AG unverzüglich schriftlich zu informieren, sobald er Kenntnis davon erlangt, dass eine der in Absatz 1 genannten Eignungsvoraussetzungen weggefallen ist, zu entfallen droht oder durch eine Behörde oder einen Zertifizierer in Frage gestellt wird.
- (3) Fällt eine der in Absatz 1 genannten Eignungsvoraussetzungen während der Vertragslaufzeit weg, so ist der AG berechtigt, dem AN eine angemessene Nachfrist zur Wiederherstellung der Eignungsvoraussetzung zu setzen. Die Nachfrist beträgt in der Regel vier Wochen; bei Voraussetzungen, deren Wegfall eine unmittelbare Gefährdung der Betriebssicherheit auf den

Liegenschaften begründet (insbesondere Wegfall der Erlaubnis nach § 34a GewO, der Zertifizierung nach DIN 77200-1 oder der Notruf- und Serviceleitstelle-Zertifizierung), beträgt die Nachfrist fünf Werktage.

- (4) Stellt der AN die Eignungsvoraussetzung innerhalb der gesetzten Nachfrist nicht wieder her oder informiert er den AG entgegen Absatz 2 nicht unverzüglich über den Wegfall, so ist der AG berechtigt, den Vertrag ohne Einhaltung einer weiteren Kündigungsfrist außerordentlich zu kündigen.
- (5) Das außerordentliche Kündigungsrecht nach diesem Paragraphen besteht unabhängig vom allgemeinen außerordentlichen Kündigungsrecht aus § 12 dieses Vertrags und lässt weitergehende gesetzliche Ansprüche des AG – insbesondere Schadensersatz- und Mehrkostenansprüche infolge einer notwendigen Neuvergabe – unberührt.
- (6) Mehrkosten, die dem AG durch eine infolge des Wegfalls der Eignungsvoraussetzungen erforderlich gewordene Interimsvergabe oder Neuvergabe entstehen, hat der AN dem AG zu erstatten, sofern der AN den Wegfall der Eignungsvoraussetzung zu vertreten hat.

§ 13 Datenschutz und Auftragsverarbeitung

- (1) Soweit der AN im Rahmen der Erbringung der Bewachungsdienstleistungen personenbezogene Daten im Auftrag des AG verarbeitet (insbesondere durch den Betrieb von Videoüberwachungsanlagen, Zugangsprotokollierung oder die Führung von Besucherlisten), handelt er als Auftragsverarbeiter im Sinne von Art. 4 Nr. 8 i.V.m. Art. 28 der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung, DSGVO).
- (2) Die Parteien schließen zu diesem Zweck nach Vertragsschluss einen gesonderten Auftragsverarbeitungsvertrag (AVV) gemäß Art. 28 DSGVO ab, der als **Anlage 6** Bestandteil dieses Vertrags wird. Der AVV regelt insbesondere Gegenstand, Dauer, Art und Zweck der Verarbeitung, die Art der personenbezogenen Daten sowie die Pflichten und Rechte des AG als Verantwortlichem. Er enthält darüber hinaus Regelungen zu Speicherfristen sowie zu den Voraussetzungen etwaiger Datenübermittlungen in Drittländer gemäß Art. 44 ff. DSGVO
- (3) Der AN verarbeitet personenbezogene Daten ausschließlich auf dokumentierte Weisung des AG, es sei denn, er ist durch das Recht der Union oder der Mitgliedstaaten zur Verarbeitung verpflichtet; in diesem Fall teilt der AN dem AG diese rechtlichen Anforderungen vor der Verarbeitung mit, sofern das betreffende Recht dies nicht wegen eines wichtigen öffentlichen Interesses verbietet.
- (4) Der AN ist berechtigt, Unterauftragsverarbeiter einzusetzen, soweit der AG hierzu vorab schriftlich seine Genehmigung erteilt hat. Der AN hat sicherzustellen, dass Unterauftragsverarbeiter denselben datenschutzrechtlichen Pflichten unterworfen werden wie der AN selbst.

Eine Liste der genehmigten Unterauftragsverarbeiter ist als **Anlage 7** beigefügt. Der AN informiert den AG über beabsichtigte Änderungen, d. h. den Einsatz neuer oder den Austausch bisheriger Unterauftragsverarbeiter, und gibt dem AG dadurch Gelegenheit, Einwände zu erheben

- (5) Der AN stellt sicher, dass alle mit der Verarbeitung personenbezogener Daten befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Vertraulichkeit verpflichtet sind und nur in dem zur Auftrags Erfüllung notwendigen Umfang Zugang zu personenbezogenen Daten erhalten.
- (6) Der AN trifft geeignete technische und organisatorische Maßnahmen gemäß Art. 32 DSGVO, um ein dem Risiko angemessenes Schutzniveau zu gewährleisten. Die vom AN zu implementierenden Maßnahmen sind im AVV (Anlage 6) im Einzelnen festgelegt.
- (7) Bei einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten informiert der AN den AG unverzüglich, spätestens innerhalb von 24 Stunden nach Bekanntwerden des Vorfalls, damit der AG seinen Meldepflichten gemäß Art. 33 DSGVO nachkommen kann.
- (8) Der AN unterstützt den AG soweit möglich bei der Erfüllung von Anfragen betroffener Personen zur Wahrnehmung ihrer Rechte gemäß Kapitel III DSGVO (insbesondere Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch) sowie bei der Erfüllung der Pflichten gemäß Art. 32 bis 36 DSGVO, insbesondere bei der Durchführung von Datenschutz-Folgenabschätzungen.
- (9) Nach Beendigung des Vertrags hat der AN sämtliche im Rahmen der Auftragsverarbeitung verarbeiteten personenbezogenen Daten nach Wahl des AG entweder an diesen zurückzugeben oder nachweislich zu löschen, sofern nicht eine Verpflichtung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten die weitere Speicherung erfordert.
- (10) Der AN stellt dem AG alle erforderlichen Informationen zum Nachweis der Einhaltung der in diesem Paragraphen und im AVV geregelten Pflichten zur Verfügung und ermöglicht Prüfungen – einschließlich Inspektionen – die vom AG oder einem von diesem beauftragten Prüfer durchgeführt werden, und trägt zu diesen bei.
- (11) Soweit der AN einen betrieblichen Datenschutzbeauftragten bestellt hat oder hierzu gesetzlich verpflichtet ist, teilt er dem AG dessen Kontaktdaten schriftlich mit. Änderungen sind dem AG unverzüglich anzuzeigen.
- (12) Die Pflicht zur datenschutzrechtlichen Kennzeichnung von Videoüberwachungsanlagen gemäß § 4 BDSG obliegt dem AG als Verantwortlichem. Der AN hat den AG auf fehlende oder unzureichende Kennzeichnung hinzuweisen, sofern ihm dies im Rahmen seiner Tätigkeit auffällt.

§ 14 Schlussbestimmungen

Teil C Vertragsbedingungen

- (1) Für diesen Vertrag gilt die Schriftform.
- (2) Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit später verlieren, soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt werden. Das Gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass der Vertrag eine Regelungslücke enthält.
- (3) Hinsichtlich der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder hinsichtlich der Ausfüllung der Lücken verpflichten sich die Parteien, eine angemessene Regelung zu finden, die, soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck gewollt haben würden, sofern sie bei Abschluss der Vereinbarung oder bei der späteren Aufnahme einer Abstimmung den Punkt bedacht hätten.
- (4) Dieser Vertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Die Vertragssprache ist Deutsch.
- (5) Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Hannover.

Hannover, den [...]

_____, den _____

(AG)

(AN)

Anlagen:

- **Anlage 1:** Leistungsbeschreibung nebst Übersichtsplänen der Deponien
- **Anlage 2:** Dienstanweisung(en) in der jeweils aktuellen Fassung
- **Anlage 3:** Das ausgefüllte Preisblatt
- **Anlage 4:** Allgemeine Auftrags- und Zahlungsbedingungen des Zweckverbands Abfallwirtschaft Region Hannover
- **Anlage 5:** Vertragsbedingungen nach dem NTVergG
- **Anlage 6:** AVV-Vertrag
- **Anlage 7:** Liste der genehmigten Unterauftragsverarbeiter